

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
am Freitag, dem 05. Dezember 2008, 9.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Landkreises Osterode am Harz,
Herzberger Str. 5, 37520 Osterode am Harz

Anwesend:

Landrat Bernhard Reuter und
die Kreistagsabgeordneten

Lutz Peters, Herzberg am Harz	- Vorsitzender -
Wolfgang Dervedde, Osterode am Harz	
Ulrich Kamphenkel, Wieda	
Herbert Lohrberg, Eisdorf	- i.V. des Abg. Schramke
Helga Meyer, Herzberg am Harz	- bis 11.13 Uhr
Raymond Rordorf, Osterode am Harz	- bis 11.09 Uhr
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz	
Regina Seeringer, Osterode am Harz	- i.V. des Abg. Seeringer
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz	- bis 10.48 Uhr
Erich Sonnenburg, Badenhausen	
Manfred Thoms, Hattorf am Harz	

von der Verwaltung:

Kreisoberamtsrat Siegfried Pfister	
Kreisamtsrat Wolfgang Bremer	
Kreisangestellter Jürgen Niwek	- zu TOP 1-5
Kreisamtmann Carsten Jockisch	- als Protokollführer -

als Zuhörer

Kreistagsabgeordneter Hans-Jürgen Hausemann

Punkt 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet um 9.00 Uhr die öffentliche Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; der Ausschuss stellt folgende

Tagesordnung

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 07.11.2008
- DS 151 4. Verkauf von Grundstücken
- DS 153 5. Regionalisiertes Teilbudget (RTB) 2007 - 2013;
Novellierung der Richtlinie „Förderung zur Entwicklung von Unternehmen“
6. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009
7. Haushaltssicherungskonzept 2009
8. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2008 – 2012
9. Antrag des Abg. Hausemann;
Einführung eines Sozialtarifs für Stromkunden
10. Anfragen und Mitteilungen
11. Einwohnerfragestunde

Punkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 07.11.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 07.11.2008 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g
bei 2 Stimmenthaltungen)

Punkt 4

Verkauf von Grundstücken

Die Anfragen der Abg. Meyer und Schirmer zu den tatsächlichen Möglichkeiten, die in der Vorlage genannten Grundstücke zu verkaufen, werden vom Landrat dahingehend beantwortet, dass zunächst die eingehenden Angebote abgewartet werden müssten.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Landrat wird ermächtigt, die Grundstücke der Gemarkung Hattorf am Harz, Flur 41/Flurstück 64, Flur 42/Flurstücke 2,3,4,6,7,9,10,12,13,14,15 und 16, für einen Mindestpreis von 0,95€/m² meistbietend zu verkaufen und die für die Auflassung erforderlichen rechtsgeschäftlichen Erklärungen abzugeben.

Sämtliche durch den Verkauf anfallende Kosten (z.B. Notarkosten usw.) gehen zu Lasten des Käufers.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 5

Regionalisiertes Teilbudget (RTB) 2007 – 2013;
Novellierung der Richtlinie „Förderung der Entwicklung von Unternehmen“

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Kreistag beschließt die Novellierung der als Anlage 1 zur Kreistagsvorlage beigefügten Richtlinie „Förderung zur Entwicklung von Unternehmen“ und nimmt vom unveränderten Scoringsystem (Anlage 2 der Kreistagsvorlage) Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 6

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009

Der Landrat berichtet über die nach der Haushaltsplaneinbringung eingetretenen Änderungen. Es haben sich folgende Verschiebungen ergeben:

Der Fehlbedarf des Ergebnishaushalts erhöht sich um 353.000 € auf 3.061.200 €. Der Finanzierungsfehlbedarf des Finanzhaushalts verringert sich auf 3.911.400 €. Die Kreditermächtigung muss um 665.600 € auf 3.896.100 € angehoben werden.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Änderungen:

- Die Einrichtung eines touristischen Leitsystems ist für 2009 vorgesehen. Dieses wird den Landkreis ca. 134.000 € kosten. Hiervon können 50 % aus Landesmitteln gegenfinanziert werden, so dass ein Eigenanteil von ca. 67.000 € verbleibt.
- Durch die Bekanntgabe der vorläufigen Grundbeträge für den Finanzausgleich 2009 verringern sich gegenüber den bisherigen Berechnungen sowohl die Gemeinde- als auch die Landkreisschlüsselzuweisungen. Dies führt zu Mindererträgen und -einzahlungen bei der Kreisumlage in Höhe von 233.000 € und bei den Schlüsselzuweisungen von 120.000 €. Die investiven Einzahlungen aus den Finanzhilfen für Investitionen werden um 17.000 € geringer ausfallen als bisher veranschlagt.
- Im Ergebnis ist die Kreditermächtigung zur Finanzierung der Investitionen um 665.600 € anzuheben. Die Netto-Entschuldung beläuft sich auf 243.900 €.

Bezug nehmend auf die geplante Einrichtung eines touristischen Leitsystems bittet die Abg. Meyer darum, dass der Landkreis wichtige Radiosender darauf hinweisen sollte, die Wintersportmöglichkeiten im Landkreis Osterode am Harz – speziell am Ravensberg in Bad Sachsa – ebenfalls zu erwähnen. Der Landrat erklärt, dass er in dieser Angelegenheit bereits Briefe geschrieben habe; er sagt ein weiteres Tätigwerden in dieser Angelegenheit zu.

Die Fragen der Abg. Schirmer und Seeringer zum touristischen Leitsystem werden vom Landrat beantwortet.

Der Abg. Thoms erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion sowohl zur Haushaltssatzung als auch zum Stellenplan. Danach beantworten der Landrat und Kreisoberamtsrat Pfister die Fragen des Ausschussvorsitzenden und der Abg. Rordorf, Seeringer, Schirmer und Schmitz zu einzelnen Haushaltspositionen. Da die Mitglieder der CDU-Fraktion dabei auf zahlreiche einzelne Haushaltspositionen eingehen, wird angeregt, für die Klausurtagung zum Haushaltsplan 2010 den Landrat bzw. ein Mitglied der Verwaltung einzuladen, um diese Fragen bereits im Vorfeld zu klären.

Anschließend beantragt die Abg. Seeringer, dass beginnend mit dem Haushaltsjahr 2009

- a) jährlich 1 v.H. der Personalaufwendungen und
- b) 10 v.H. der freiwilligen/beeinflussbaren Aufwendungen

eingespart werden sollen.

Die Abg. Meyer bekundet die Zustimmung der FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und erkundigt sich, ob geplant sei, eine kommunale Unternehmensberatung in Anspruch zu nehmen um Verwaltungsabläufe zu optimieren. Kreisoberamtsrat Pfister erwidert, dass die Verwaltungsabläufe ständig überprüft und optimiert werden, insbesondere vor der möglichen Neubesetzung von frei werdenden Stellen. Der Landrat weist in diesem Zusammenhang auf die hohen Kosten bei der letzten Organisationsuntersuchung im Jugendamt hin. Der Abg. Lohrberg betont, dass sich die künftige Personalentwicklung am neu aufgestellten Leitbild orientieren müsse.

Die Frage der Abg. Meyer nach dem Wert der Beteiligung an der Kreiswohnbau und der möglichen Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit wird vom Landrat beantwortet. An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich die Abg. Meyer, Rordorf und Schmitz sowie der Landrat.

Im Anschluss beantragt der Abg. Rordorf die Bereitstellung von 5.000 € für die Energieberatung von Empfängern von Sozialtransferleistungen. Das Geld solle für Broschüren und sonstige Beratungsleistungen ausgegeben werden. Im Übrigen signalisiert er seine Zustimmung zur vorgelegten Haushaltssatzung.

Nach der sich anschließenden Aussprache zu den gestellten Anträgen, an der sich der Ausschussvorsitzende, die Abg. Darnedde, Lohrberg, Meyer, Rordorf, Schmitz, Seeringer und Thoms sowie der Landrat und Kreisoberamtsrat Pfister beteiligen, wird der Antrag des Abg. Rordorf dahingehend konkretisiert, dass die bereitzustellenden Haushaltsmittel erst nach einem gesonderten Kreistagsbeschluss in Anspruch genommen werden dürfen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über folgende Anträge abstimmen:

- 1) Im Haushaltsplan 2009 werden 1 % der Personalaufwendungen eingespart

(Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür,
6 Gegenstimmen und
1 Stimmenthaltung)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

- 2) Im Haushaltsplan 2009 werden 10 % der beeinflussbaren/freiwilligen Aufwendungen eingespart

(Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür und
7 Gegenstimmen)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

- 3) Im Haushaltsplan 2009 werden 5.000 € zur Energieberatung von Sozialleistungsempfängern eingestellt; eine Inanspruchnahme ist erst nach gesondertem Kreistagsbeschluss möglich

(Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür,
3 Gegenstimmen und
1 Stimmenthaltung)

Der Antrag ist somit angenommen.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Kreistag beschließt den Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und des angenommenen Antrages.

(Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür und
3 Gegenstimmen)

Punkt 7

Haushaltssicherungskonzept 2009

Da die Anträge der Abg. Seeringer aus TOP 6 ebenfalls Auswirkungen auf die Darstellungen des Haushaltssicherungskonzeptes haben, wird über folgende Anträge erneut abgestimmt:

- 1) Es soll jährlich 1 % der Personalaufwendungen eingespart werden

(Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür und
7 Gegenstimmen)

- 2) Es sollen jährlich 10% der beeinflussbaren/freiwilligen Aufwendungen eingespart werden

(Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür und
7 Gegenstimmen)

Die Anträge sind damit abgelehnt.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Kreistag beschließt das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2009.

(Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür und
3 Gegenstimmen)

Der Antrag des Abg. Hausemann ist dreigeteilt und inhaltlich weiter untergliedert.

1. Es soll ein Bericht durch den vorgelegt werden, wie die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt (2003/54/EG)
 - a) in Deutschland und
 - b) insbesondere im Landkreis Osterode umgesetzt wird oder
 - c) welche anderen Maßnahmen die kommunalen Verwaltungen ergreifen, um Liefer-sperren bzw. die Überschuldung von Menschen durch hohe Energierechnungen zu vermeiden.

2. a) Als Gesellschafter der Harz Energie GmbH & Co. KG treibt der Landkreis Osterode die Einführung eines Sozialtarifs aktiv voran.
 - b) Der Landrat wird beauftragt, umgehend einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten und ihn den Kreistagsabgeordneten zukommen zu lassen. Dabei soll der Anreiz zum sinnvollen Umgang mit Energie nicht geschmälert werden.

3. Der Landkreis Osterode setzt sich im Rahmen seiner Mitgliedschaft in den kommunalen Spitzenverbänden dafür ein, einen gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtarif zu etablieren, damit kommunale Energieversorger mit Sozialtarif-Angebot nicht in der Konkurrenz gegenüber anderen Wettbewerbern benachteiligt sind. Dieser Tarif könnte sich an dem belgischen Modell oder dem des Bundes der Energieverbraucher orientieren.“

Der Landrat stellt hierzu die Sach- und Rechtslage ausführlich dar, und zwar:

- 1.a) Die Umsetzung in Deutschland ist durch Erlass des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) am 7. Juli 2005 erfolgt.

Adressaten des EnWG sind primär die Energieversorgungsunternehmen, denen ein Rahmen vorgegeben wird, um den Zweck des Gesetzes - eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leistungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas - zu gewährleisten.

Die Ausführung der Preisgestaltung ist gem. § 24 EnWG durch die Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (Stromnetzentgeltverordnung - StromNEV) vom 25. Juli 2005 geregelt worden. Die StromNEV richtet sich an die Netzbetreiber.

Die Überwachung der Einhaltung dieser Vorschriften obliegt der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde.

Die Einführung eines Sozialtarifs ist weder in der Richtlinie 2003/54/EG, noch im EnWG, noch in der StromNEV vorgesehen.

- 1.b) Eine Kontrollzuständigkeit des Landkreises Osterode am Harz ist gesetzlich nicht vorgesehen. Es sind keine Anhaltspunkte bekannt, die gegen eine Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch den/die Energieversorger im Landkreis Osterode am Harz sprechen.
- 2.a) Festzustellen ist, dass der Landrat zwar Aufsichtsratsmitglied der Harz-Energie GmbH ist, aber nicht vom Landkreis Osterode am Harz entsandt wurde, sondern auf Vorschlag der Thüga AG dem Aufsichtsrat angehört. Eine Einflussmöglichkeit des Landkreises Osterode am Harz über das Organ Landrat ist - ungeachtet der vorrangigen Treuepflicht gegenüber der Harz-Energie GmbH nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (AktG) - demnach nicht gegeben.
- 2.b) Die Erarbeitung eines Sozialtarifs für Stromkunden, ggf. mit einer detaillierten Ausgestaltung, liegt nicht in der Zuständigkeit des Landkreises Osterode am Harz. Dies ist Sache der Geschäftsführung der Harz-Energie GmbH, die dabei insbesondere ihre Wettbewerbsposition im Markt zu beachten hat.
- 3) Eine entsprechende Initiative zur Änderung des EnWG ist mit Antrag vom 16. Jan. 2008 (DS 16/7745) in den Bundestag eingebracht worden und nach Beratung in den BT-Ausschüssen

- für Wirtschaft und Technologie (federführend),
- für Ernährung Landwirtschaft und Verbraucherschutz,
- für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie
- für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

in der Sitzung des Bundestages am 20. Juni 2008 beraten und in namentlicher Abstimmung abgelehnt worden. Die Erfolgsaussichten eines erneuten Antrages, diesmal durch die kommunalen Spitzenverbände, erscheinen eher gering.

Der Landrat empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Der als Zuhörer anwesende Abg. Hausemann begründet seinen Antrag nochmals eingehend. Die Abg. Darnedde und Seeringer weisen den „Alleinvertretungsanspruch“ des Abg. Hausemann in dieser Angelegenheit zurück. Sie betonen aber gleichzeitig, dass der Landkreis hier nicht der richtige Ansprechpartner sei.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Kreistag wirkt darauf hin, dass Bedürftigen nach dem SGB II und SGB XII im Landkreis Osterode am Harz ein Sozialtarif auf den Strompreis gewährt wird.

(Abstimmungsergebnis: keine Stimmen dafür und
8 Gegenstimmen)

Punkt 10

Anfragen und Mitteilungen

Die Abg. Seeringer regt an, zukünftig in den Haushaltsberatungen nicht nur die Pflichtausschüsse tagen zu lassen, um eine tiefer gehende Befassung mit einzelnen Themengebieten zu ermöglichen. Der Landrat bietet alternativ an, sich intensiv bei der anstehenden Überarbeitung des Produktbuches einzubringen. Dies sei die eigentliche Stellschraube für den Kreistag bei der Steuerung des Kreishaushalts.

Punkt 11

Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 11.29 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez.
Lutz Peters

Ausschussvorsitzender

gez.
Bernhard Reuter

Landrat

gez.
Carsten Jockisch

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
am 12. März 2009